

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Geschichte der neuesten Zeit

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1871 bis 1885

Bulle, Constantin

Berlin, 1888

Frankreich bis zum Rücktritt Mac Mahons.

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6504

Frankreich bis zum Rücktritt Mac Mahons.

Die Wahlen
von 1876.

Wenn wir uns nunmehr der Geschichte Frankreichs zuwenden, so weit dieselbe nicht in den vorhergehenden Abschnitten bereits hat berührt werden müssen, so haben wir bis zu dem Zeitpunkte zurückzugreifen, wo die Verfassungsgesetze zur Annahme gelangt und die Wahlen der lebenslänglichen Senatoren vollzogen waren. Die große Frage der nächsten Wochen bildete der Ausfall der übrigen Senats- und der Deputiertenwahlen. Das Manifest, mit welchem der Marschall-Präsident am 13. Januar 1876 sich an die Wähler wandte, machte keinen ungünstigen Eindruck. Mac Mahon versprach eine konservative und doch wahrhaft liberale Politik, erklärte, daß er seine gesetzlich erforderliche Zustimmung zu einer Verfassungsänderung während des Septennates nicht geben, sondern den neuen Einrichtungen eine ehrliche Probe gönnen werde, und versicherte, daß er die ihm anvertraute Sendung ohne Schwäche „bis ans Ende“ erfüllen wolle. Damit war freilich ein Wahlaufruf des Ministers Leon Say nicht ganz im Einklang, denn dieser bezeichnete die Revisionsklausel als eine für Verbesserungen der republikanischen Verfassung offen gehaltene Thür, nicht aber als ein Mittel sie umzustürzen. Dem Marschall selbst war dies unangenehm, und Buffet ließ das Verfahren seines Kollegen im Figaro gar als einen Skandal brandmarken; indes als Say und mit ihm Dufaure daraufhin ihre Entlassung einreichten, wies Mac Mahon dieselbe doch zurück und das Ministerium blieb während der Wahlperiode unverändert. Bei den Wahlen zum Senat, die am 30. Januar stattfanden, war die Rechte im Vorteil; die Bonapartisten allein gewannen 36 von den 225 Mandaten; indes hatte die Linke durch die von der Nationalversammlung vollzogenen Wahlen ja einen Vorsprung von 25 Stimmen, und so berechnete sich für den gesamten Senat das Parteiverhältnis doch dahin, daß 149 Mitglieder zuverlässige Republikaner waren, 138 zur monarchischen Opposition gehörten und 13 Vertreter des rechten Centrums (mit Einschluß der Wallonisten) das Zünglein der Wage bildeten. Buffet war auch bei diesen Wahlen durchgefallen.

Trotz dieses Vorspiels ergaben die Wahlen zur Deputiertenkammer am 20. Februar eine republikanische Mehrheit; mit Einschluß der Stich- und Nachwahlen vom 5. März wurden für die Republikaner etwa 4,7, für die Bonapartisten 1,7, für die anderen Monarchisten 2,2 Millionen Stimmen abgegeben; von den Gewählten waren 76 zuverlässige und 15—20 unsichere Anhänger des Kaisertums; strenge Legitimisten zählte man 24, andere Monarchisten 60; die radikalen Republikaner verfügten über 36 Sitze; etwa drei Fünftel aller Abgeordneten gehörten den verschiedenen Fraktionen an, die zu der neuen Verfassung standen.

Für die weitere Entwicklung mußte es nun von maßgebender Bedeutung werden, ob diese in ihren Grundanschauungen doch weit

auseinander
Ein gün
und nac
Unterrie
bezeichn
Seinerse
Beifall
höheren
Gemeind
nicht au
mäßigte
und ihre
es in se
Tr
Gambet
der etw
schlossen
entschlo
gieren,
Kabinet
sein wü
Vorsitz
Säuber
der gem
nicht di
rechts k
Eiffey z
dritten
anderen
Marcer
richt, T
wie D
Obgleich
täuschun
trauen,
schloß f
die Ern
durch e
dem D
sprach d
den Be
beiden
höheren
man si
beruhig

auseinandergehende Majorität fest zusammenhalten werde oder nicht. Ein günstiges Vorzeichen war die versöhnliche Haltung Gambettas vor und nach den Wahlen. Wenn er als nächstes Ziel die Abänderung des Unterrichtsgesetzes und überhaupt den Kampf gegen den Ultramontanismus bezeichnete, so war das auch für das linke Centrum nicht unannehmbar. Seinerseits stellte dieses manche Forderungen auf, die den entschiedenen Beifall der Linken hatten, besonders die gründliche Säuberung des höheren Verwaltungspersonales und die Beseitigung des Broglieschen Gemeindegesetzes; auch verlangte es die Bildung eines Ministeriums nicht aus seiner eigenen Mitte allein, sondern unter Zuziehung der gemäßigten Linken; den Radikalen wollte es freilich keinen Anteil gewähren und ihrer Lieblingsforderung, der Begnadigung der Kommunisten, trat es in seinem Programm bestimmt entgegen.

Forderungen
der Linken.

Trotz dieser Differenzen vereinigten sich alle drei Gruppen auf Gambettas Anregung am 7. März zu einer gemeinsamen Sitzung, an der etwa 300 Mitglieder teilnahmen und auf Antrag Brissons beschlossen, daß die vereinigte Linke nur ein einheitliches Ministerium, das entschlossen sei das Land in entschieden republikanischem Geiste zu regieren, unterstützen werde. Man wußte damals noch nicht, wie das Kabinett, mit dessen Bildung Dufaure beauftragt war, zusammengesetzt sein würde; nur soviel stand fest, daß Périer, dem Dufaure gern den Vorsitz überlassen haben würde, abgelehnt hatte, weil Mac Mahon die Säuberung des Beamtenpersonals beanstandete. Von einer Beteiligung der gemäßigten Linken an der neuen Regierung konnte somit erst recht nicht die Rede sein, und statt nach links suchte Dufaure vielmehr nach rechts hin Anlehnung, indem er außer Léon Say auch Decazes und Cissez zum Bleiben bewog und ihnen in dem Admiral Fourichon einen dritten monarchisch gesinnten Kollegen zuführte. Dagegen standen die anderen Minister, nämlich Ricard (und nach dessen baldigem Tode Marcère) für das Innere, der Protestant Waddington für den Unterricht, Teisserenc de Bort für den Handel und Christophle für die Bauten, wie Dufaure selbst und Say auf dem Boden des linken Centrums. Obgleich nun diese Zusammensetzung für die Gambettisten eine Enttäuschung war, gab doch ihr Führer selbst die Losung aus: kein Mißtrauen, aber freilich auch noch kein Vertrauen! und die vereinigte Linke schloß sich am 13. März seiner Auffassung an, indem sie dem Ministerium die Erwartung aussprach, es werde die der Republik feindlichen Beamten durch entschieden republikanisch gesinnte ersetzen. Das Programm, mit dem Dufaure und Decazes anderen Tags vor die Kammern traten, versprach denn auch, daß Verkleinerer der bestehenden Regierungsform unter den Beamten nicht geduldet werden sollten, und da innerhalb der nächsten beiden Monate dreimal eine größere Reihe von Präfekten und sonstigen höheren Verwaltungsmännern ihrer Ämter enthoben wurden, so konnte man sich in dieser Beziehung wohl bei dem Verhalten des Ministeriums beruhigen. Ungetheilten Beifall fand dasselbe auf der Linken, als es

Ministerium
Dufaure.

Die Amnestie-
frage.

Anfang April, einem Antrage Floquets entsprechend, den Belagerungs-
zustand, der bis dahin noch über vier Departements verhängt war, aufhob.
Dagegen bot die von den Radikalen geforderte Begnadigung der Kom-
munisten große Schwierigkeiten. Den Hauptantrag, der von Viktor
Hugo im Senat, von Raspail bei den Deputierten gestellt war und der
eine uneingeschränkte Amnestie für alle seit 1870 begangenen politischen
Vergehen und Verbrechen forderte, lehnten freilich beide Häuser mit
ungeheurer Mehrheit ab; auch kam der Marschall berechtigten Klagen
über allzustrenge Verurteilungen dadurch entgegen, daß er noch Ende
Mai eine Begnadigungskommission bilden ließ, der u. a. die Präsidenten
der beiden Häuser und die sämtlichen Maires von Paris angehörten,
und die im Laufe des Jahres etwa 900 Bittgesuche berücksichtigte.
Andererseits aber wurde daran festgehalten, daß die noch nicht erledigten
Prozesse vor den Kriegsgerichten fortgesetzt und nur der Kriegsminister
angewiesen werden solle jeden derartigen Fall zuvor dem Ministerrate zur
Prüfung vorzulegen. Mit großer Mehrheit mißbilligte die Kammer
diese Bestimmung und forderte die gesetzliche Verjährung für alle während
der Kommune begangenen Verbrechen. Die Regierung schwieg dazu;
aber sie wußte, daß sie auf den Senat zählen könne, und da dieser
wirklich den Beschluß der Kammer ablehnte, so blieb die Frage ungelöst
und bot den Radikalen noch oft Stoff für ihre Angriffe.

Der Senat.

Auch in einigen anderen brennenden Fragen trat der Senat der
Mehrheit der Deputierten entgegen. Bei seiner eigentümlichen Zusammen-
setzung konnte man jedoch nie mit Sicherheit vorausberechnen, wie er
sich entscheiden werde. Wenn er infolge von Todesfällen eine Lücke in
der Zahl der lebenslänglichen Senatoren auszufüllen hatte, so wählte
er das eine Mal Republikaner wie Ricard oder Dufaure, das andere
Mal Monarchisten wie Buffet oder Chesnelong, so daß es fast schien,
als ob die kleine Mittelpartei auf diese Weise ihren Einfluß geflissentlich
dauernd zu machen suche. In der brennendsten Frage, dem Kampfe
gegen den Ultramontanismus, konnte man auf deren Mitwirkung nicht
zählen. Sie bewilligte wohl Waddingtons Forderung von etwa 10 Millionen
Franken um den Gemeinden Beihilfe zum Bau von etwa 1000 Volkss-
schulen zu gewähren, 70 außerordentliche Professoren an den staatlichen
Universitäten anzustellen, Stipendien für unbemittelte Studenten zu
schaffen und andere ähnliche Zwecke zu fördern; als aber die Deputierten-
kammer am 7. Juni 1876 mit Dreiviertelmehrheit einen Gesetzentwurf
angenommen hatte, der den Staatsuniversitäten das ausschließliche Recht
zur Erteilung der akademischen Grade zurückgab, verwarf der Senat
denselben mit 5 Stimmen Mehrheit und trat dadurch zum erstenmal
in einen tief erbitternden Gegensatz zum Abgeordnetenhaus. Umso-
weniger trug dieses nun Bedenken das Kultusbudget trotz Dufaures Ein-
sprache erheblich zu beschneiden und dem Kriegsminister die Mittel für
die Regimentsgeistlichen zu versagen, obgleich dieselben auf einem Gesetze
beruhten. Ciffey, der auch sonst den Republikanern nicht genehm war,

Unterrichts-
fragen.

Das Kultus-
budget.

trat inf.
Berthau
doch un
wieder h
das Rad
sie doch
mehreren
rend der
daß am
allseitig

Au
Gemeind
Die Reg
kleineren
der Arro
Nach ha
Zusatz
Gemeind
unterzieh
Mehrheit
scheitern
war dad
Kammer
partisien
der neu
dessen W
gewählt
die ihm
war über
er dem
der Gei
Entschlu
neuen K
Ed
Rittern
den Tot
ohne Te
gräbnis
bei der
1876.
interpell
war, mi
vorlegen
nur Off
war ab

trat insolge dessen zurück und wurde am 17. August durch General Berthaut ersetzt; auch Dufaure verlangte seine Entlassung, blieb aber doch und stellte mit Hilfe des Senates die gestrichenen Budgetposten wieder her. Die entschiedene Linke bestritt der ersten Kammer allerdings das Recht dazu; allein für diese Auslegung der Verfassungsgeetze fand sie doch auch in der Kammer keine Mehrheit; vielmehr gab diese in mehreren Punkten, z. B. bezüglich der Regimentsgeistlichen, nach, während der Senat in bezug auf andere seinen Widerspruch fallen ließ, so daß am Ende das vielumstrittene Budget noch eben vor Jahresluß allseitig bewilligt wurde.

Auch die Verhandlungen über die Aufhebung des Broglieschen Gemeindegesetzes führten zu einem Konflikt zwischen den beiden Häusern. Die Regierung war bereit auf die Ernennung der Maires in etwa 33 000 kleineren Gemeinden zu verzichten; in den Hauptstädten der Departements, der Arrondissements und der Kantone wollte sie dies Recht aber behalten. Nach hartem Kampfe behauptete sie den Sieg, bequeme sich aber einem Zusatzantrag Hénon's an, kraft dessen die Gemeinderäte in jenen 33 000 Gemeinden, ehe sie zur Wahl der Maires schritten, sich einer Neuwahl unterziehen sollten. Diesen Zusatz verwarf der Senat mit 18 Stimmen Mehrheit, und wenn die Abgeordneten nicht das ganze Gesetz wollten scheitern lassen, mußten sie sich fügen. Die Stimmung der Republikaner war dadurch aber dem Senate nicht freundlicher geworden, und in der Kammer selbst mehrten sich die stürmischen Zusammenstöße mit den Bonapartisten und Klerikalen. Unter den letzteren that sich dabei besonders der neugewählte Rittmeister Graf de Mun hervor, ein begabter Redner, dessen Mandat die Mehrheit umstieß, weil er mit Hilfe der Geistlichkeit gewählt sei, eine Thatsache, die er selbst gar nicht in Abrede stellte und die ihm seine sofortige Wiederwahl verbürgte. Auch bei diesem Anlaß war übrigens Dufaure wieder mit der Mehrheit in Streit geraten, weil er dem Wahlprüfungsausschuß das Recht bestritt über das Verhalten der Geistlichkeit im allgemeinen eine Untersuchung anzustellen. Sein Entschluß aus dem Ministerium zu scheiden wurde endlich bei einem neuen Konflikte, der sich Ende November entwickelte, zur That.

Schon mehrfach war es vorgekommen, daß bei Begräbnissen von Rittern der Ehrenlegion die Truppenabteilung, welche nach dem Gesetze den Toten begleiten sollte, zurückgezogen war, wenn die Beerdigung ohne Teilnahme der Geistlichkeit erfolgte, also ein sogenanntes Civilbegräbnis war. Dieser Vorgang wiederholte sich in sehr auffälliger Weise bei der Bestattung des Komponisten Félicien David am 1. September 1876. Da nun der Abgeordnete Floquet deshalb das Ministerium interpellirte, vereinigte sich dieses, das in der Frage selbst gespalten war, mit vieler Mühe dahin, daß es der Kammer einen Gesetzentwurf vorlegen wollte, nach welchem die militärischen Ehren künftig überhaupt nur Offizieren, die im Dienste stürben, zu teil werden sollten. Damit war aber der Ausschuß der Kammer, welchem die Sache überwiesen

Das Gemeinde-
gesetz.Parlamenta-
rische Kämpfe.Die Civil-
begräbnisse.

wurde, nicht zufrieden, sondern verlangte von den Ministern, daß niemandem um seiner religiösen Meinungen willen die ihm gebührenden Begräbnisehren verkümmert würden. Ohne von seinen Kollegen dazu ermächtigt zu sein, erklärte sich Marcère damit am 2. Dezember einver-

Ministertrifft.

Ministerium
Simon.

Die Pläne der
Rechten.

standen und die Kammer beschloß demgemäß. War Dufaure, der in den letzten Tagen bei der Budgetberatung und in der Frage der Kommunistenprozesse verschiedene Niederlagen erlitten hatte, ohnedies zum Rücktritt entschlossen, so erklärten jetzt auch Decazes, Berthaut und andere Minister, daß sie mit Marcère nicht mehr zusammen arbeiten könnten. Mac Mahon aber wünschte gerade den letzteren los zu werden und die übrigen außer Dufaure, dessen Entschluß nicht zu erschüttern war, zu halten. Nachdem Audiffret, an den er sich zuerst wandte, abgelehnt hatte, weil er auf die Unterstützung der Linken nicht zählen durfte, fand sich Jules Simon bereit an Marcères Stelle das Innere und zugleich den Vorsitz zu übernehmen, während Martel, einer der Vizepräsidenten des Senates, für die Justiz und den Kultus eintrat. Obgleich Berthauts Verbleiben der Linken sehr unerwünscht war, so konnte sie doch mit der Änderung zufrieden sein, da dieselbe eher eine Verschiebung nach links als nach rechts bedeutete, und so wurde denn das Ministerium vom 12. Dezember 1876 gut aufgenommen, umso mehr als man sich schon ernstlichen Befürchtungen hingegeben hatte, der Präsident möchte, seinen eigenen Neigungen folgend, sich entschieden der Rechten zuwenden. Ohne Grund war diese Besorgnis nicht gewesen. Wenn Mac Mahon auch nicht der Rechten gegenüber, wie vielfach behauptet wurde, die bestimmte Verpflichtung eingegangen war sie vor dem Sommer 1877 ans Ruder zu bringen, so wünschte er dies doch ohne Zweifel und die Rechte betrachtete es als eine Lebensfrage. Denn im Herbst 1877 mußte die Neuwahl der Gemeinderäte in ganz Frankreich stattfinden, von deren Zusammensetzung die Senatswahlen im Jahre 1879 abhingen, und diese mußten wiederum darüber entscheiden, ob 1880 beim Ablauf des Septennates eine monarchistische Revision der Verfassung unmöglich sein werde oder möglich. Die Gemeinderatswahlen von 1877 bildeten daher den Schlüssel der künftigen Entwicklung, und sie zu beeinflussen war für die Rechte wichtiger als alles andere. Schon bei Dufaures Rücktritt die Regierung zu übernehmen wäre jedoch voreilig gewesen, weil man kaum hätte hoffen dürfen sich gegenüber der mächtigen Opposition bis zum Herbst zu behaupten; dagegen versprach ein Ministerium Simon mancherlei Vorteile. Zunächst ließ sich bei der persönlichen Feindschaft, die zwischen Gambetta und dem neuen Ministerpräsidenten herrschte, auf eine wachsende innere Entfremdung der republikanischen Parteien hoffen; und dann war Simon durch mannigfache Schwankungen in seiner politischen Haltung ziemlich übel berufen und ohne wirkliches persönliches Gewicht. Die Linke war wenig geneigt seinen Bedenken Rücksicht zu zollen, während er seinerseits für leicht bestimmbar galt und eine weitgehende Nachgiebigkeit gegen Mac Mahons Wünsche

erwartet
schnell
seite zu
D
bewiesen
mit Sa
den Re
Rechten
dadurch
herstell
präsident
tisten,
Konflikt
eine U
montan
der sich
ganze A
wort, d
trauen
gleich d
stierten
und als
in Hirt
sprachen
Hilfe
sich an
schen M
dann li
mit G
lands
nal M
Lösung
Vaters
Reichst
zu ver
Berlin
K
sammen
an das
Jules
ergriffe
aufgeld
zu hal
minister
Regieru
8111

erwarten ließ. So durfte die Rechte annehmen, daß die Parteiverwirrung schnell wachsen und bald einen Vorwand liefern werde um Simon beiseite zu schieben und durch Männer wie Broglie oder Buffet zu ersetzen.

Die Kammerverhandlungen in den ersten Monaten des Jahres 1877 bewiesen die Richtigkeit dieser Erwartung. Simon hatte unaufhörlich mit Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten zu kämpfen, die ihm von den Radikalen und den Gambettisten im Abgeordnetenhaus, von der Rechten im Senat bereitet wurden. Die Hauptwirkung hoffte man aber dadurch zu erzielen, daß man die ultramontane Agitation für die Wiederherstellung des Kirchenstaates im Lande wiederbelebte um den Ministerpräsidenten, wenn er ihr gegenüber sich nachgiebig zeige, mit den Gambettisten, wenn er sie aber scharf bekämpfen wolle, mit dem Marschall in Konflikt zu bringen. Schon vor den Osterferien wandte sich, angeregt durch eine Allokution des Papstes vom 12. März, eine Deputation der Ultramontanen aus beiden Häusern an Decazes mit dem Ersuchen, er möge der sich immer mehr verschlimmernden Lage des heiligen Vaters seine ganze Aufmerksamkeit zuwenden. Die diplomatisch beschwichtigende Antwort, die sie erhielten, befriedigte sie nicht und erregte doch das Mißtrauen der Republikaner. Noch peinlicher wurde aber die Lage, als gleich darauf die ultramontanen Zeitungen einen Petitionssturm organisierten um die Regierung zum Einschreiten für den Papst zu drängen, und als manche Bischöfe, besonders vordringlich der von Nevers, sich in Hirtenbriefen und anderen Kundgebungen in demselben Sinne aussprachen. In der That glaubte die römische Welt damals, daß mit Hilfe Frankreichs eine große Wendung möglich sei. Rußland schickte sich an der Türkei den Krieg zu erklären; wenn man dann einen polnischen Aufstand ins Leben rief, der auch Deutschlands Kräfte teilen sollte, dann ließ sich hoffen, daß ein gut katholisches französisches Ministerium, mit England, Oesterreich und der Türkei verbündet, die Macht Deutschlands und Italiens zu zertrümmern Gelegenheit finden werde. Kardinal Manning predigte am Ostersonntag von der Orientfrage, die ihre Lösung nach dem Willen der Vorsehung durch die Befreiung des heiligen Vaters erhalten werde, und Graf Moltke wies am 24. April 1877 im Reichstag auf die Notwendigkeit hin die Truppen in den Reichslanden zu verstärken, so daß man wohl erkennen konnte, wie ernst die Lage in Berlin aufgefaßt werde.

Kaum waren die Kammern nach den Osterferien wieder zusammengesetreten, so richtete der Abgeordnete Leblond die Interpellation an das Ministerium, wie es zu der ultramontanen Agitation stehe. Jules Simon wies in seiner Antwort auf die Maßregeln hin, die er ergriffen habe: das Pariser Centralcomitee der katholischen Vereine sei aufgelöst; die Versuche einiger Laien in den Kirchen politische Reden zu halten seien verhindert; der Bischof von Nevers habe vom Justizminister eine Rüge erhalten; der Verbreitung der Petitionen sei die Regierung entgegengesetreten, weil dieselben Beleidigungen gegen Italien

Agitation für
den Papst.

Ultramontane
Hoffnungen.

Verhalten des
Ministeriums.

Erschütterung
seiner Stel-
lung.

enthalten hätten: kurz das Ministerium sei entschlossen die Landesgesetze mit unbeugsamer Festigkeit gegen jedermann zur Anwendung zu bringen. Bei diesen Erklärungen hätte man sich auf der Linken wohl beruhigen können, da man wußte, daß der Minister doch auch den Ansichten des Marschalls Rechnung tragen mußte. Allein Gambetta bestand auf einer weiteren Debatte und forderte in leidenschaftlicher Rede, daß die ultramontanen Umtriebe als ein Bruch der Staatsgesetze und als eine vaterlandsfeindliche Agitation gebrandmarkt würden. Zu weiteren Erklärungen aufgefordert, wußte Simon doch durch die nachdrückliche Wiederholung seiner früheren Antwort die Mehrheit zu beruhigen und hoffte zugleich durch eine überschwängliche Lobrede auf den Marschall dessen Empfindlichkeit zu beschwichtigen. In der Kammer erreichte er zunächst soviel, daß Gambettas Tagesordnung so sehr abgeschwächt wurde, daß auch die Minister dafür stimmen konnten: nur Decazes enthielt sich des Votums. Maßlos aber war die Erbitterung der Ultramontanen, und von allen Seiten bestürmten sie den Marschall sich von diesem Ministerium loszumachen. Der Papst selbst sollte mit der Abberufung des Nuntius drohen, weil Simon in seiner ersten Rede die Behauptung, der heilige Vater sei in Rom ein Gefangener, als unrichtig oder jedenfalls übertrieben bezeichnet und ihn dadurch der Unwahrheit geziehen habe. Der Erzbischof Guibert von Paris wandte sich in einer Beschwerde an den Justizminister, klagte die Kammermehrheit an, daß sie den Worten Gambettas: Der Katholizismus, das ist der Feind! Beifall geklatscht habe, und hielt dem Ministerium vor, daß es einer Tagesordnung, die auf Grund dieser Rede angenommen sei, habe beitreten können. Im Senate kündigte der Legitimist Franclieu eine Interpellation an, welches Verfahren das Ministerium nunmehr gegen die Katholiken einzuschlagen gedenke, und man durfte sich dabei auf die stürmischsten Debatten gefaßt machen. Auch im Abgeordnetenhaus und in der Presse dauerte die erregte Stimmung fort und führte in jenem zu Tumulten und Auftritten so widerlicher Art, wie sie nur in Augenblicken der höchsten Spannung möglich waren. Alles deutete darauf hin, daß die Rechte jeden Hebel ansehe um den Präsidenten zur Entlassung des Ministeriums zu bewegen.

Neue Anklagen
Simons.

Indes wünschte man doch als äußeren Grund dafür nicht gerade die Haltung Simons gegen die ultramontanen Petitionen hervortreten zu lassen, teils weil das leicht Verwickelungen mit Italien zur Folge haben konnte, teils weil es schwer gewesen wäre dabei den Minister des Auswärtigen, Decazes, soweit aus dem Spiele zu lassen, daß es ihm, wie man doch wünschte, ermöglicht wurde im Amte zu bleiben. Broglie und Buffet bewogen daher Franclieu seine Interpellation zurückzuziehen und suchten nach anderen Vorwänden. Schnell nacheinander fanden sie deren zwei, die beide freilich recht dürftig waren, aber dem Marschall, der sich ganz von jenen Ratgebern bestimmen ließ, doch genügten. Am 12. Mai war bei der Beratung des Gemeindegesetzes in der Kammer

die Öff
hatte si
hatte a
Bedeut
kleiner
Sicherh
werden
bei der
rung d
wie vo
Mehrhe
beschlo
A
13. M
Zweife
besize.
es zum
wortlic
schick i
A
lassung
Vorwi
andere
dem M
er fühl
erlaub
Ander
lehnte
sich sa
einer
wurde
unterf
entschl
den J
Brogli
und d
sich d
der g
Mitgl
die be
eine
er n
Simo
zu bi

die Öffentlichkeit der Gemeinderatsitzungen beschlossen. Jules Simon hatte sich dem Marschall gegenüber anheischig gemacht das zu verhindern, hatte aber in dieser Sitzung Unwohlseins halber fehlen müssen. Von Bedeutung war die Sache deshalb nicht, weil sich angesichts der kleinen Majorität von 50 Stimmen in einem schlecht besetzten Hause mit Sicherheit erwarten ließ, daß der Beschluß in zweiter Lesung geändert werden würde. Bedenklicher war es schon, daß Simon drei Tage später bei der Beratung des Preßgesetzes nur sehr schwachmütig für die Forderung des Marschalls eintrat, daß Beleidigungen fremder Souveräne nach wie vor dem Zuchtpolizeigerichte zu überweisen seien, und daß dann die Mehrheit gegen das Ministerium die Überweisung an die Geschworenen beschloß.

An diese beiden Vorgänge anknüpfend schrieb Mac Mahon am 13. Mai 1877 dem Ministerpräsidenten einen Brief, in welchem er seine Zweifel aussprach, ob derselbe genügenden Einfluß in der Kammer besitze. Eine Auseinandersetzung deswegen sei unvermeidlich; denn, hieß es zum Schluß, wenn ich auch nicht wie Sie dem Parlamente verantwortlich bin, so bin ich es doch Frankreich gegenüber, mit dessen Geschick ich mich jetzt mehr als je beschäftigen muß.

Auf dieses Schreiben konnte Simon natürlich nur mit einem Entlassungsgesuch antworten, dem sich der Justizminister Martel, den die Vorwürfe des Präsidenten gleichfalls trafen, sofort anschloß. Auch die anderen Minister folgten ihrem Beispiele noch an demselben Tage, nachdem Mac Mahon in einer kurzen Unterredung mit Simon erklärt hatte, er fühle sich von der Linken weiter fortgerissen als sein Gewissen ihm erlaube, zumal er doch von den Konservativen ans Ruder gebracht sei. Anderen Tages erschien nur noch der Minister Christophle in der Kammer, lehnte es aber ab sich über die Lage zu äußern. Die Majorität hatte sich schon abends zuvor über eine Tagesordnung geeinigt, die nun nach einer Rede Gambettas mit 355 gegen 154 Stimmen angenommen wurde. Sie erklärte im voraus, daß die Kammer nur ein Ministerium unterstützen werde, das nach republikanischen Grundsätzen zu regieren entschlossen und dadurch befähigt sei die Ordnung, den Wohlstand und den Frieden zu verbürgen.

Mittlerweile war aber das Ministerium der Rechten schon fertig. Broglie, dem der Marschall die Bildung übertrug, übernahm den Vorsitz und die Justiz; der Kriegsminister Berthaut blieb, auch Decazes ließ sich durch einen Brief des Marschalls dazu bewegen um jede Störung der guten Beziehungen zum Auslande zu vermeiden. Von den neuen Mitgliedern waren Fourtou für das Innere und Meaux für den Handel die bekanntesten. Am anderen Tage überbrachten sie den beiden Häusern eine Botschaft des Präsidenten, in welcher dieser auseinandersetzte, daß er nach zwei mißlungenen Versuchen, erst mit Dufaures, dann mit Simons Hilfe eine feste und gemäßigte Mehrheit im Abgeordnetenhause zu bilden, einen dritten nicht thun könne; sein Patriotismus erlaube ihm

Simons Sturz.

Ministerium
Broglie.

nicht sich an die Radikalen zu wenden, deren Triumph zur Unordnung und Erniedrigung Frankreichs führen müßte. Er habe sich deshalb, wie es sein Recht sei, andere Ratgeber gewählt, die gleich ihm entschlossen seien die bestehende Verfassung zu achten; er selbst werde von dem Rechte eine Revision vorzuschlagen, das ihm allein bis 1880 zustehende, keinen Gebrauch machen; zur Beschwichtigung der Aufregung halte er eine sofortige Vertagung bis zum 16. Juni für dienlich. Nicht einmal Simon, der sich gegen einzelne Ausdrücke der Botschaft verwahren wollte, kam mehr zu Worte; in beiden Häusern wurde die Sitzung unmittelbar nach Verlesung der Botschaft geschlossen.

Vertagung der
Kammer.

Der eigentliche Beweggrund für diese Beiseiteschiebung der Kammer war natürlich nicht die Absicht zu beruhigen, die sich auf diesem Wege am allerwenigsten erreichen ließ, sondern der Wunsch für die durchgreifenden Veränderungen in der Verwaltung des Landes, die man im Hinblick auf die bevorstehenden General- und Bezirksratswahlen vornehmen wollte, freie Hand zu haben. Schon in den nächsten Tagen begann die massenhafte Absetzung und Versetzung der Präfekten und Unterpräfekten, und bis Ende des Monats war mit allen entschieden republikanischen Persönlichkeiten vollständig ausgeräumt; von den neu Ernannten gehörte ein auffällig großer Teil der bonapartistischen Partei an, was von den Legitimisten und Orleanisten übel vermerkt wurde. Doch gelang es dem Ministerium glücklich die drohenden Spaltungen zu verhüten und sich dadurch die für seine weiteren Schritte unentbehrliche Mehrheit im Senate zu sichern.

Die republikanischen Parteien waren ihrerseits nicht minder darauf bedacht alles, was sie voneinander trennte, zurückzuschieben um dem bevorstehenden Angriff geschlossen Widerstand zu leisten. Thiers verständigte sich mit Gambetta und erhielt von diesem die Zusicherung seiner vollsten Unterstützung, wenn er als Bewerber um die Präsidentschaft auftreten wolle. Beim Wiederzusammentritt der Kammern brachten alle Fraktionen der Opposition gemeinschaftlich eine Interpellation über die Politik des neuen Ministeriums ein, die zu mehrtägigen erregten Debatten und endlich am 19. Juni zu einem in die schärfsten Ausdrücke gekleideten Mißtrauensvotum führte, das mit 363 gegen 158 Stimmen angenommen wurde.

Mißtrauens-
votum.

Auflösung der
Kammer.

Im Senate war indessen eine neue Botschaft des Präsidenten verlesen worden, in welcher derselbe die verfassungsmäßig erforderliche Zustimmung zur Auflösung der Deputiertenkammer erbat. Er versicherte darin von neuem, daß er die Verfassung achten würde, aber er wolle sie nicht durch die Thätigkeit der Radikalen entstellen lassen und rufe deshalb das Land an durch Neuwahlen seinen Richterspruch zu fällen. Am 23. Juni erteilte der Senat mit 149 gegen 130 Stimmen seine Einwilligung, und zwei Tage später wurde die Auflösung vollzogen, nachdem die Kammer noch einmütig mehr als 200 Millionen Franken zu militärischen Zwecken bewilligt, dagegen mit großer Mehr-

heit dem
lehnt ha
Bo
Vorbereit
die Eintr
gab die
noch ein
man sich
keit. B
kundiger
der jede
belehrun
müßten,
3. Septe
Wochen
daß er
inneren
öffentlic
macht.
Toten n
Weise z
an ihn
das Mi
veransta
wenn d
da in d
sah sich
sich von
völlig f
In
heftigste
verkünd
den We
danken
caise, r
wiederh
sah, i
am 12.
urteilt;
Was si
auch ni
tous an
die Kar
Das w
den Ge

heit den Eintritt in die Beratung des nächstjährigen Budgets abgelehnt hatte.

Von beiden Seiten begann man nun sofort mit großem Eifer die Vorbereitungen zu den Wahlen. Den Republikanern gelang es dabei die Eintracht zwischen ihren verschiedenen Fraktionen zu bewahren; man gab die Lösung der Wiederwahl der 363 aus, und wenn man daneben noch eine Anzahl von Mandaten zu gewinnen hoffte, so verständigte man sich über die dazu nötigen Kandidaturen gleichfalls ohne Schwierigkeit. Zur Überwachung der gegnerischen Wahlmanöver wurde ein rechtskundiger Ausschuß niedergesetzt, dessen Leitung Dufaure übernahm, und der jeden ungesetzlichen Übergriff der Präfekten sofort mit einer Rechtsbelehrung der Wähler und mit Angabe der Gegenmittel, die sie ergreifen mußten, beantwortete. Ein unerwünschter Zwischenfall war der am 3. September 1877 erfolgende Tod des 80jährigen Thiers. Noch wenige Wochen zuvor hatte er sich von neuem öffentlich dahin ausgesprochen, daß er die republikanische Staatsform für die einzige Bürgschaft des inneren Friedens halte; ein Manifest an seine Wähler, das er zur Veröffentlichung vorbereitet hatte, wurde erst nach seinem Tode bekannt gemacht. Die Regierung hatte den begreiflichen Wunsch den berühmten Toten nicht wie einen Parteigegner zu behandeln, sondern ihn in einer Weise zu ehren, als ob sie und ihre Anhänger ebenso großen Anspruch an ihn erheben könnten, wie die Republikaner. Zu diesem Zwecke bot das Ministerium der Wittve an, daß die Leichenfeier von Staatswegen veranstaltet werden solle. Frau Thiers wollte das aber nur annehmen, wenn die Anordnung des Leichenzuges ihr selbst vorbehalten bleibe, und da in diesem Falle den Republikanern die Ehrenplätze angewiesen wären, sah sich das Ministerium veranlaßt sein Anerbieten zurückzuziehen und sich von der Feier, die am 8. September mit großem Pompe stattfand, völlig fern zu halten.

Thiers' Tod.

Inzwischen schlug die Wahlbewegung immer höhere Wellen. Am heftigsten trat wie gewöhnlich Gambetta auf. Voll Siegeszuversicht verkündete er schon Mitte August in Lille, es werde dem Marschall nach den Wahlen nichts übrig bleiben als sich zu unterwerfen oder abzugeben (se soumettre ou se démettre). Obgleich die République française, welche diese Rede veröffentlichte, insolgedessen verurteilt wurde, wiederholte Gambetta dieselbe Phrase, die weithin jubelnden Anklang fand, in seinem Wahlmanifest vom 5. Oktober und wurde darauf selbst am 12. Oktober zu dreimonatlichem Gefängnis und einer Geldstrafe verurteilt; doch wagte es die Regierung nicht ihn verhaften zu lassen. Was sie im übrigen that um ihre Sache im Lande zu stärken, zeugte auch nicht eben von einer glücklichen Hand. Ein Rundschreiben Fourtous an die Präfekten wies diese schon am 3. Juli an den Wählern die Kandidaten zu bezeichnen, welche Freunde des Marschalls seien. Das war also eine Erneuerung der offiziellen Kandidaturen und bot den Gegnern dankbaren Stoff zu Angriffen; aber es schuf zugleich den

Die Wahlbewegung.

Anlaß zu zahllosen Reibereien unter den drei monarchischen Parteien, von denen keine bei der Auswahl der offiziellen Kandidaturen zu kurz kommen wollte. Den Löwenanteil trugen schließlich doch die Bonapartisten davon, auf die 240 von den 490 offiziellen Kandidaten fielen, während die Legitimisten nur etwa 100, die Orleanisten gar nur 30 erhielten und der Rest aus indifferenten Monarchisten bestand. Sehr nachteilig für die Sache der Regierung war auch das Ungestim vieler ihrer Freunde, die mit dem Druck, den das Ministerium übte, noch nicht zufrieden die Verhängung des Belagerungszustandes und ähnliche Gewaltmaßregeln forderten. Große Hoffnungen setzte man auf den persönlichen Einfluß des Marschalls. Nach allen Richtungen hin unternahm er während der Sommermonate Reisen, aber weder in Orleans und Bordeaux, noch in Cherbourg oder St. Etienne entsprach die Aufnahme, die er fand, seinen Erwartungen. Noch weniger Glück hatte er mit seinen beiden Wahlmanifesten; die Anklagen gegen den Radikalismus, die Ableugnung der klerikalen Einflüsse auf die Regierung, die Versicherung seiner Verfassungstreue, alles stieß bei der Bevölkerung auf Unglauben und Mißtrauen; besonders verbreitet war der Argwohn, daß der Marschall für sich selbst die lebenslängliche Präsidentschaft begehre, und mancher Artikel in den ihm ergebenen Blättern, ja selbst die von Fourtou ausgegebene, oft wiederholte Losung, er werde „bis ans Ende“ das ihm übertragene Mandat festhalten, konnten in diesem Sinne gedeutet werden.

**Ausfall der
Wahlen.**

So kam denn endlich der mit Spannung erwartete Wahltermin, der 14. Oktober, heran. Das Ergebnis befriedigte keine Partei vollkommen. Die 363 waren doch nicht alle siegreich geblieben, sondern rückten statt verstärkt um etwa 40 Köpfe vermindert wieder in die Kammer ein. Immerhin behielten sie eine starke Majorität, aber die Monarchisten waren doch auf etwa 210 Mitglieder angewachsen und wenigstens die kaiserliche Partei konnte sich eines bedeutenden Erfolges rühmen, da sie 112 Mann zählte. Unzufrieden waren die Legitimisten, die dem Marschall und seinen Ministern auch deshalb zürnten, weil diese bei jeder Gelegenheit ihre Sache von der des Klerikalismus gesondert hatten, und vollends die Orleanisten, die in so geringer Zahl gewählt waren, daß sie sich wohl als die Betrogenen betrachten mußten und daß Mac Mahon auf sie im Senate nicht wieder zählen durfte, wenn er zu einer zweiten Auflösung der Kammer schreiten wollte.

**General- und
Bezirksrats-
wahlen.**

Bekräftigt wurde der Richterpruch, den das Land bei den Abgeordnetenwahlen gefällt hatte, durch die am 4. November vollzogenen General- und Bezirksratswahlen; in der Mehrzahl der Departements gewannen die Republikaner die Majorität und damit also die Gewähr, daß sie auch bei der Erneuerung des Senats im Jahre 1879 Sieger bleiben würden. Der wichtigste Zweck der ganzen Intrige vom 16. Mai war damit vereitelt.

Angefihts dieser Mißerfolge war das Ministerium Broglie-Fourtou

nicht in
einem E
ändern.
kein M
fie am
„Mit d
heit, w
Stürme
bei den
Präsida
dessen
setzung
habe,
konnte
den W
Wehrh
des Br
drohte
einem
berief
selbe s
sehr s
208 S
des P
einigen
mentar
Mahon
er alle
und d
feierlic
aus d
Minist
Rückz
zu mi
zember
ernan
abgele
Rechte
wies,
der A
fern
völlig
einma
des S
Kam

nicht imstande sich zu behaupten. Allein der Marschall hoffte noch mit einem bloßen Personenwechsel davon zu kommen, ohne sein System zu ändern. Da jedoch Pouyer-Quertier, dessen Hilfe er in Anspruch nahm, kein Ministerium zustande bringen konnte, fand die neue Kammer, als sie am 7. November zusammentrat, Broglie und Fourtou noch im Amte. „Mit dem Gefühl der ihr angethanen Beschimpfung“ kehrte die Mehrheit, wie Gambetta rund heraus sagte, nach Versailles zurück; heftige Stürme waren also unausbleiblich. Den ersten Angriff wollte die Linke bei den Wahlprüfungen machen. Nachdem sie Jules Grévy wieder zum Präsidenten der Kammer gewählt hatte, beschloß sie auf Antrag von dessen Bruder Albert einen Ausschuß einzusetzen, der alle Rechtsverletzungen, deren sich die Regierung in der Wahlperiode schuldig gemacht habe, sammeln und der Kammer vorlegen sollte. Das Ministerium konnte dagegen nichts anderes thun, als daß es den Beamten verbot den Weisungen des Ausschusses Folge zu leisten, und mit schwacher Mehrheit billigte der Senat dieses Verhalten. Auf eine Bewilligung des Budgets für 1878 war nicht zu zählen, die ganze Staatsmaschine drohte ins Stocken zu geraten. Da entschloß sich der Marschall mit einem völlig unpolitischen Ministerium einen Versuch zu machen und berief den General Rochebouet um ein solches zu bilden. Aber als derselbe sich am 24. November der Kammer vorstellte, harrte seiner ein sehr schlechter Empfang. Auf Antrag Ferrys wurde mit 323 gegen 208 Stimmen beschlossen, daß man zu einer Regierung, welche die Rechte des Parlaments verleugne, nicht in Beziehungen treten könne, und nach einigem Zögern empfahl Rochebouet selbst dem Präsidenten sich parlamentarische Ratgeber zu wählen. Unentschieden schwankte nun Mac Mahon mehrere Tage hin und her; die Idee eines Staatsstreiches wies er allerdings unbedingt zurück und berief die Präsidenten des Senates und der Deputiertenkammer ausdrücklich zu sich um derartige Gerüchte feierlich Lügen zu strafen; allein das einzige Mittel, ohne Gewaltstreich aus der verfahrenen Lage wieder herauszukommen, die Berufung eines Ministeriums der Linken, erschien ihm so ehrenrührig, daß er seinen Rückzug wenigstens durch Zugeständnisse der Gegner glaubte verhüllen zu müssen. Er verlangte daher von Dufaure, mit dem er am 4. Dezember eine erste Besprechung hatte, die Erklärung, daß die im Mai ernannten Präfekten im Amte bleiben würden; als dies selbstverständlich abgelehnt wurde, wollte er mindestens einen Teil der Minister aus der Rechten genommen sehen, und als Dufaure auch diese Forderung zurückwies, beanspruchte er die Besetzung der drei Ministerien des Krieges, der Marine und des Äußeren mit Fachmännern, die der Parteipolitik fern ständen und die er selbst aussuchen wollte. Darüber kam es zum völligen Abbruch der Verhandlungen, und der Marschall nahm noch einmal seine Zuflucht zu der Rechten, indem er Batbie mit der Bildung des Kabinetts beauftragte und sich zu einer nochmaligen Auflösung der Kammer willig erklärte. Unter großen Schwierigkeiten fand der erkorene

Ministerkreis.

Ministerium
Rochebouet.Verhandlungen des
Präsidenten
mit Dufaure.

mit Batbie.

Ministerpräsident die Männer, welche bereit waren die einzelnen Portefeuilles zu übernehmen; nur vor dem Finanzministerium schreckte jeder zurück, da diesem bei der voraussichtlich budgetlosen Regierung die Hauptverantwortlichkeit zufiel. Um sie zu vermindern oder abzuwälzen zog man ernstlich den Plan in Erwägung das Budget oder doch die Erhebung der Steuern durch ein Plebiszit genehmigen zu lassen; aber es siegte die Ansicht, daß dabei ein günstiger Erfolg nur zu hoffen sei, wenn gleichzeitig der Belagerungszustand verhängt und Ausnahmegerichte eingesetzt würden, und dazu konnte der Marschall sich nicht entschließen. So sah er sich wider Willen zu dem Entschluß gedrängt seine Entlassung einzureichen. Das war die schlimmste Wendung, die für die Konservativen eintreten konnte, und mit allen Kräften bestürmten sie den Präsidenten diese Idee fahren zu lassen: wenn kein anderer Weg offen bleibe, erheische es seine Pflicht gegen das Land von neuem mit Dufaure in Verhandlung zu treten und dessen Forderungen nachzugeben. Mac Mahon geriet über diese Zumutung in die höchste Erregung; lieber möchte er sich fusilieren lassen als so seine Ehre opfern; allein schließlich willigte er doch ein und ersuchte den Senatspräsidenten, den Herzog von Audiffret-Pasquier, die Vermittelung zu übernehmen. Dieser brachte denn auch nach einigen Zwischenfällen die Sache in Ordnung; Dufaure übernahm selbst den Vorsitz im Ministerium und die Justiz, Marcère das Innere, Waddington das Äußere, Léon Say die Finanzen, Freycinet die Bauten, Borel und Pothuan Heer und Marine, Teisserenc de Bort den Handel, Bardoux den Unterricht. Eine Botschaft des Präsidenten teilte den beiden Kammern am 14. Dezember mit, daß er dem Ausspruch des Landes, an welches er durch die Auflösung appelliert habe, sich füge und auf eine neue Auflösung verzichte, da die Ausübung dieses ihm zustehenden Rechtes nicht zum Regierungssystem erhoben werden könne; auch erkenne er an, daß die Verfassung, indem sie die Unverantwortlichkeit des Präsidenten, die Verantwortlichkeit der Minister aufgestellt habe, die Unabhängigkeit der letzteren voraussetze.

Damit war die langwierige Krisis glücklich überwunden. Die Kammer bewilligte dem neuen Ministerium sofort das Budget für die beiden ersten Monate und ging dann in die Ferien. Das Ministerium aber räumte noch gründlicher mit den gegnerischen Präfekten auf, als es nach dem 16. Mai geschehen war; nur in vier von den 87 Departements trat kein Wechsel ein; kaum viel weniger durchgreifend waren die Änderungen in der Besetzung der Unterpräfekturen, der Generalsekretariate und sonstiger einflußreicher Posten in der Provinz. Auch in der Diplomatie wurden einige bedeutsame Ernennungen vorgenommen: nach Berlin ging an Stelle Gontaud-Viron's der Marquis St. Vallier, nach Konstantinopel Fournier. Eine Amnestie schlug alle für Preßvergehen seit dem 16. Mai verhängten Strafen nieder; die Wahlprüfungen, bezw. die Untersuchungen des Kammerausschusses wurden mit bemerkenswerter Zurückhaltung vorgenommen; fast ein Jahr verstrich, ehe der Ausschuß

Ministerium
Dufaure.

Beamten-
wechsel.

den Antr
de Cassag
schreitend

Wäf
Parteien

herrscht.

Vierteln

Möglichke

heit zu g

absehbare

ungestüm

Monarchi

die außer

die Ausfü

und den

Gambetta

Sprache

Ausstellun

Berliner

Landes e

trauen in

erwarben

die, etwa

schluß kan

für desser

war, auf

zwischen

beruhigte

wahlen,

alle den

Am

zusammen

Zahl der

lauteten

Meztheit

gesichert

fühnsten

Senatoren

davon ve

kaner 67

heit, auf

Monarchi

jezt an e

Dan

haltbar g

den Antrag stellte eine Reihe der angesehensten Monarchisten, wie Granier de Cassagnac, de Mun, den Herzog Decazes, wegen der alles Maß überschreitenden Beeinflussungen bei ihrer Wahl ihres Mandates zu berauben.

Während dieses ganzen Jahres wurde die politische Haltung der Parteien von dem Gedanken an die bevorstehenden Senatswahlen beherrscht. Der Zufall fügte es so, daß die 75 Ausscheidenden zu drei Vierteln den Monarchisten angehörten, daß die Republikaner also die Möglichkeit erhielten durch die Neuwahlen auch im Senate die Mehrheit zu gewinnen. Gelang ihnen dies, so war ihnen die Zukunft für absehbare Zeit gesichert. Die größte Gefahr für sie lag in einem zu ungestümen Andrängen der radikalen Elemente, das zu benutzen die Monarchisten nicht unterlassen haben würden. Je maßvoller sich daher die äußerste Linke in ihren Anträgen und Reden zeigte, umso mehr stiegen die Aussichten der Partei, und mit Dank mochte es von dem Ministerium und den gemäßigten Republikanern anerkannt werden, daß insbesondere Gambetta sich unbeschadet aller Entschiedenheit doch einer sehr maßvollen Sprache besaß. Daß während der Sommermonate die internationale Ausstellung in Paris einen glänzenden Verlauf nahm, daß auf dem Berliner Kongreß der Minister Waddington eine der Bedeutung seines Landes entsprechende Rolle spielte, trug gleichfalls dazu bei das Vertrauen in die neuen Zustände zu befestigen. Kein geringes Verdienst erwarben sich aber auch diejenigen monarchistisch gesinnten Senatoren, die, etwa 20 an der Zahl, angesichts der letzten Ereignisse zu dem Entschluß kamen die Republik und insonderheit das bestehende Ministerium, für dessen konservativen Charakter ihnen Dufaure hinreichend Bürge war, aufrichtig zu unterstützen und dadurch allen drohenden Konflikten zwischen dem Senate und den Abgeordneten die Spitze abzubrechen. So beruhigte sich die öffentliche Meinung denn zusehends und die Nachwahlen, die in ziemlich großer Zahl vorzunehmen waren, lieferten fast alle den Beweis, daß die Zufriedenheit mit der Republik im Wachsen sei.

Am 27. Oktober 1878 traten die Munizipalräte im ganzen Lande zusammen um die Senatswähler zu ernennen, und wenn bei der großen Zahl derselben auch ein abschließendes Urteil nicht möglich war, so lauteten die Berichte doch allgemein dahin, daß den Republikanern die Mehrheit bei den am 5. Januar 1879 angeetzten Senatswahlen gesichert scheine. Der wirkliche Ausfall derselben übertraf selbst die kühnsten Hoffnungen. Außer den 75 Sitzen der regelrecht ausscheidenden Senatoren waren noch sieben anderweit erledigte zu besetzen; nur 15 davon vermochten die Monarchisten zu behaupten, während die Republikaner 67 erhielten, d. h. 45 neu gewannen. Statt einer knappen Mehrheit, auf die sie gehofft, verfügten sie fortan im Senate über 179, die Monarchisten nur noch über 121 Stimmen. Auch der Senat war von jetzt an eine zuverlässige Stütze der republikanischen Staatsform.

Damit war im Grunde auch Mac Mahons Präsidentschaft unhaltbar geworden. Ein patriotisches Interesse konnte für sein ferneres

Die Senatswahlen.

Mac Mahons
Rücktritt.

Verbleiben im Amte nicht geltend gemacht werden; denn es unterlag keinem Zweifel, daß bei seinem Rücktritt die Gewalt in bester Ordnung dem republikanischen Zukunftspräsidenten Grévy übermittlelt werden würde. Alle persönlichen Rücksichten aber mußten den Marschall bestimmen sich thunlichst bald aus einer Stellung zu befreien, die ihn in die Zwangslage brachte Maßregeln zu genehmigen, die seinen Grundsätzen durchaus zuwiderliefen. Dennoch schien er den gebotenen Entschluß nicht gleich finden zu können. Er willigte in den Rücktritt des bisherigen Kriegsministers Borel, an dessen Stelle General Gresley trat; ja er stimmte einem Programm zu, in welchem das Ministerium den Kammern die Entfernung der monarchischen Elemente, die sich noch in der Verwaltung und in den höheren militärischen Kommandos befanden, zusagte und außerdem den Einfluß des Klerus auf das Unterrichtswesen wieder zu beschränken versprach. Die weitere Durchführung dieses Programmes sollte ihn jedoch bald zu dem notwendigen Entschluß des Rücktrittes drängen. Im Abgeordnetenhaus wurde nämlich am 20. Januar 1879 auf Ferrys Antrag dem Ministerium zwar ein Vertrauensvotum erteilt, aber doch mit dem Zusätze der Erwartung, daß Dufaure ohne Zögern die der Republik feindlichen höheren richterlichen Beamten entfernen werde. Dagegen trat Freppel, der Bischof von Angers, in einem offenen Schreiben an den Justizminister und in einem Privatbriefe an den Präsidenten mit großer Heftigkeit auf; auch andere Einflüsse suchten den Marschall zum Widerstande zu bereben, und persönlich mußte es ihm besonders schwer fallen, die 10 Korpskommandanten, denen ihre Stellung außerordentlicher Weise über die gesetzlich vorgeschriebene Zeit verlängert worden war, jetzt mit einem Schlage auf Verlangen des Ministeriums zu entlassen. Nachdem er die Entscheidung einige Tage unentschlossen hingehalten hatte, erklärte ihm Dufaure endlich am Mittag des 30. Januar 1879 namens aller seiner Kollegen, daß sie ihr Amt niederlegen würden, wenn er ihnen nicht willfahre. Überzeugt, daß alle Versuche ein anderes Kabinett zu bilden, vergeblich sein würden, antwortete der Marschall darauf mit der Anzeige, daß er selbst von seinem Posten zurückzutreten entschlossen sei. Unerwartet kam das niemandem, und mit großer Schnelligkeit wurden die nun erforderlichen Vorkehrungen getroffen. Schon nachmittags um 4 Uhr vereinigten sich die beiden Kammern, wie die Verfassung es vorschrieb, zu einer gemeinschaftlichen Sitzung und wählten mit 563 von 713 Stimmen Jules Grévy, den Präsidenten der Deputiertenkammer, für die nächsten sieben Jahre zum Präsidenten der Republik.

Wahl Grévys.

Grévys Präsidentschaft.

Der neue Präsident, der in seinem 66. Lebensjahre stand, hatte die Treue seiner republikanischen Überzeugungen durch sein ganzes Leben bewährt ohne dabei je Mäßigung und Klugheit vermiffen zu lassen.

Seinen
des Mini
hielt seine
neue Wä
Bildung
des Außen
wieder zu
Gresley
Ferry, L
Gambetta
gegen da
diesen P
Wadding
sich vorge
Paris: f
Bourbon
Ministeri
wenden;
und von
nichts zu
einschloß
gresses,
von beide
erforderte
betta die
Kammern
mittel w
fogar W
am 15.
Bonapar
Schlag g
sich näm
Napoleon
Troz de
lischen G
ritt ersch
harter E
dem Wi
reiches
Napoleon
und der
und konf
voran, n
den ver
Abreise